ARBEITSKREIS KLIMAWANDEL, UMWELTSCHUTZ & NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

BREMEN-STADT SPD

Antrag für den Parteitag des SPD Unterbezirks – Bremen Stadt am 21.03.2020 „Klimaverträgliches Bremen – solidarisch, gerecht und innovativ“

Aktuelle Bewertung unter dem Einfluss der Corona-Pandemie

Und plötzlich ist alles anders? Oder doch nicht?

Der Arbeitskreis „Klimawandel, Umweltschutz und Nachhaltiges Wirtschaften“ des SPD Unterbezirks Bremen-Stadt hat Anfang des Jahres ein umfangreiches Papier erarbeitet, wie der Klimaschutz in Bremen gelingen kann. Das Papier wurde mit Wirtschafts- und Arbeitnehmervertretern sowie mit Umweltverbänden und zivilgesellschaftlichen Vertretern diskutiert und verbessert. Am 21.03.2020 sollte es als Antrag auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt eingebracht werden. Durch den Lock-down im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie musste der Parteitag, wie alle anderen Veranstaltungen in Deutschland, kurzfristig abgesagt werden.

Durch die Schließung von Schulen, Kitas, Geschäften, Restaurants, Kinos, Museen, Tourismus-betrieben sowie teilweiser Unterbrechung von Produktionen in Industrie und Landwirtschaft wurde unser aller Leben auf einen Schlag auf den Kopf gestellt. wir sind heute sehr froh feststellen zu können, dass die gesundheitlichen Auswirkungen in Deutschland und in Bremen im Vergleich zu anderen Ländern niedrig gehalten werden konnten.

Zugleich haben die Schließungen bei vielen Unternehmen und Beschäftigten zu schweren wirtschaftlichen Einbußen bis hin zu Existenzbedrohungen geführt. Nach dem 6-wöchigen Verharren im Lock-Down beginnt nun langsam wieder das normale Leben und Arbeiten. Mit den staatlichen Hilfen von Bund, Ländern und EU sollen nun Kräfte der wirtschaftlichen Wiederbelebung gestärkt und zugleich die Weichen für strukturelle Veränderungen gestellt werden. Wir wissen noch längst nicht, wie tief und nachwirkend die Auswirkungen der Pandemie und der wirtschaftlichen Verwerfungen sein werden.

Für den Arbeitskreis steht fest, dass wir auch den Klimawandel als akute Bedrohung begreifen müssen und wir daher die wirtschaftliche Wiederbelebung jetzt nicht um jeden Preis vorantreiben, sondern im Schulterschluss mit dem Klimaschutz vorantreiben sollten. Zentrale Punkte sind dabei Investitionen in erneuerbare dezentrale Energieversorgung und solche, die helfen, die Energieeffizienz bei öffentlichen, gewerblichen und privaten Gebäuden sowie Produktions- und Lieferketten zu steigern und damit dauerhaft Kosten und CO2-Emissionen zu senken.

Aus der Sicht des Arbeitskreises sind diese strukturpolitischen Impulse von überragender Bedeutung. Die Wirtschaft auf den früheren wirtschaftlichen Wachstumspfad zurück zu bringen, reicht nicht aus. Unsere Gesellschaft und damit auch die Wirtschaft müssen sich vielmehr die Notwendigkeiten des Klimawandels und der Umweltbelastung (z.B. Insektensterben) stellen und entsprechend fortentwickelt und umgebaut werden.

Der Arbeitskreis begrüßt deshalb die starke klimapolitische Ausrichtung des Konjunkturprogramms der Bundesregierung, insbesondere die Weichenstellung für eine ambitionierte Wasserstoffstrategie, die klare Entscheidung für die die E-Mobilität sowie die Förderung von Bahn und ÖPNV. Positiv sehen wir auch die Unterstützung der Kommunen, auch wenn es gegen den Widerstand von CDU/CSU noch nicht gelungen ist, die hochverschuldeten Kommunen von ihren Altkrediten zu befreien, um sie besser in die Lage zu versetzen, ihre wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Transformation zur Klimaverträglichkeit wahrzunehmen.

Für Bremen und Bremerhaven eröffnet das Konjunkturprogramm des Bundes gleichwohl große Chancen. Das gilt für die verstärkten Förderungen der Gebäudesanierungen, des ÖPNV und der E-Mobilität, es gilt aber auch für die industriepolitischen Vorlagen für innovative Technologien und insbesondere die Wasserstofftechnologie.

Diese Vorlagen müssen jetzt im Rahmen des Bremen-Fonds und seinem Schwerpunktbereich der mittel- und längerfristigen Stärkung unserer beiden Städte aufgegriffen und mit zusätzlichen Mitteln an die bremischen Möglichkeiten und Stärken angepasst werden. Gleichzeitig wird es darum gehen, die Attraktivität unserer beiden Städte auch über die rein wirtschaftliche Stärkung hinaus zu fördern. Die Pandemie hat allen vor Augen geführt, wie wichtig etwa öffentliche Grünanlagen und Parks als soziale Frei- und Erholungsräume für die Menschen sind. Auch dort – beim Stadtgrün – sollte deshalb der Bremen-Fonds genutzt werden, um unsere beiden Städte für die Zukunft und für den Klimawandel zu stärken und resilienter zu machen. Ferner geht es darum, die Städte so zu entwickeln, dass sie für junge und kreative Menschen und Unternehmen attraktiv sind.

Es hat sich auch gezeigt, dass wir in der Lage sind, uns anders zu verhalten. Von heute auf morgen. Sie hat uns gezeigt, dass, wenn es darauf ankommt, die Gesellschaft sich gemeinsam zu notwendigen Maßnahmen verabreden kann und einander helfen, solidarisch zu agieren. Und die Krise hat uns aber auch vor Augen geführt, dass die wirtschaftlich Schwächeren am zuerst und am stärksten betroffen sind. Wir brauchen deshalb ein Klimaprogramm, auch auf Stadt- und Landesebene, damit der Weg klar wird und dass die Lasten gleichmäßiger entsprechend der Schultergröße verteilt, also gerecht ist. werden. Schließlich wäre ein Krisenmanagement ohne Innovation nicht denkbar gewesen.

Alle diese Punkte unterstreichen, dass die Akzente unseres klimapolitischen Antrages ungebrochen aktuell und die Ausrichtung auf solidarische, gerechte und innovative Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels richtig sind.